15./XII. 1916

142

Das Außenwohnen und die geplante Erhöhung der Eisenbahnpreise. Seit einigen Wochen schon tauchen in der bürgerlichen Presse, die während des Krieges für alle Erhöhungen und Steuern stets willig Vorspannudienste geleistet hat, Mitteilungen darüber auf, daß die Bahnfahrpreise erhöht werden sollen. Wir wollen hoffen, daß diese Nachrichten vorläufig noch keinen allzu festen Untergrund haben. Insbesondere eine Schicht von Großstadtbewohnern würde dadurch sehr hart getroffen werden: Das sind die etlichen Tausende Außenwohner, die es schon seit Jahren vorgezogen haben, die Stadt nur als Arbeitsstätte anzusehen. Insbesondere Familien, die die Belastung durch die Fahrpreise bisher willig auf sich genommen haben, um den Kindern wenigstens während einiger Stunden bessere Luft zu sichern, als sie in der überfüllten Stadt zu finden ist, würden durch eine Erhöhung der Fahrpreise nicht nur empfindlich getroffen, sondern es müßte naturnotwendig bei der heutigen ungeheuren Steigerung aller Lebensmittel etwas eintreten, was die Stadt im Augenblick überhaupt nicht verträgt. Diese Außenwohner würden wieder nach Wien zurückziehen, in dasselbe Wien, in dem seit drei Jahren kein neues Haus für Wohnzwecke gebaut worden ist, in die Stadt, in der sich insbesondere nach Kriegsschluß eine ungeheure Wohnungsnot wird geltend machen. Diese Wohnungsnot durch Verteuerung der Fahrpreise auf den Bahnen noch künstlich zu steigern wäre volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Natürlich auch nicht vom Standpunkt der Gesundheit der Menschen aus. Es ist darum notwendig, daß sich die Herren, die sich mit solchen Plänen tragen, diese Seite der Sache sehr genau überlegen, und da ihre Beschlüsse noch immer der Verbesserung durch Parlamentsberatungen entbehren, selbst mit kundigen Leuten zu Rate gehen, ehe sie solche Verfügungen treffen. Wenn etwas zu geschehen hätte, so müßten im Gegenteil die Fahrpreise für die Außenbewohner der Stadt Wien herabgesetzt werden. Die drohende Not an Wohnungen müßte, wenn wir die Dinge nicht nur vom Standpunkt erhöhter Einnahmen der Bahnen betrachten, sondern von dem, was allen nützt, zur Verbilligung führen. Das Außenwohnen müßte begünstigt werden. In allen Orten der Umgebung Wiens stehen viele Wohnungen leer. In der Kriegszeit sind diese Wohnungen auch während des Sommers leergestanden. Sie könnten leicht für den Ausfall an Großstadtwohnungen Ersatz bieten und dadurch die drohende Wohnungsnot weniger fühlbar machen. Dazu wäre allerdings nötig, daß den Leuten, die auch die Mühsale des Außenwohnens auf sich nehmen, das lange Fahren, den namentlich während des Krieges nicht immer klaglosen Zugsverkehr und sonst noch einiges, wenigstens nicht noch eine Geldstrafe dafür auferlegt wird, daß sie draußen wohnen. Berlin hat fünfmal so viel Außenwohner als Wien, dies dank der vernünftigen Verkehrspolitik der preußischen Staatsbahnen, die nicht nur sehr billige Monatskarten für die Außenwohner bereitstellen, sondern die auch den Familienangehörigen noch viel billigere Zusatzkarten zugänglich machen. Wer die Wiener Wohnungsnot nach dem Kriege zur Katastrophe steigern will, der wird im örtlichen Verkehr die Bahnfahrpreise erhöhen. Wer diesen Schaden von der Gesamtheit abwenden will, wird anders handeln.